

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., durch die Post 3 M., wovon monatlich 1 M., einmonatlich 1 M., ohne Befähigung. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Für die Redaktion verantwortlich S. S. Dr. H. Woyt in Halle. (Fernsprechverbindung mit Berlin und Leipzig.) Jahrgang-Pr. 178.

Saale-Zeitung.

(Der Bote für das Saalthal.)

Anzeigen werden die Spaltefrei oder deren Raum mit 20 Pfg. für 6 Zeilen zu 10 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unfernen Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Retamen die Seite 60 Pfg. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. (Der Nachdruck unserer Original-Artikel ist untersagt.)

Zweizehntausendster Jahrgang.

Nr. 163.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 14. Juli

1888.

Die polnische Frage.

Es ist nicht angenehm, sich mit den Polen und ihrer Zukunft zu beschäftigen. Aber die polnische Frage ist eine Tatsache, eine drohende Wirklichkeit, und wenn es der Kunst der Diplomatie nicht gelingt, einen Krieg zwischen Rußland und den mitteleuropäischen Mächten fernzuhalten, dann wird, gleichviel wer der Sieger ist, der Friedensschluß nicht möglich sein, ohne daß gleichzeitig über das Schicksal des polnischen Volkes ein entscheidendes Wort gesprochen wird. In einer Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses in dessen letzter Session hat Freiherr v. Schorlemer eine Kombination aufgestellt, nach welcher die Germanisirungspolitik des Fürsten Bismarck wohl den Zweck haben könnte, die Polen freizulassen für eine spätere Selbständigmachung der Polen, für die Errichtung eines „polnischen Reiches“. Die Polen haben es für gerathen gehalten, auf diese Anregung nicht einzugehen. Das Thema muß ihnen gerade jetzt zu gefährlich, zu wenig angehen für eine öffentliche Behandlung erschienen sein. Haben doch die Führer der polnischen Nationalpartei in Galizien vor kurzem erst beschlossen, die größtmögliche Ruhe zu bewahren und jede Diskussion über die Lebensfrage zu vermeiden, die jeder Pole im Herzen hegt, aber nicht auf den Lippen tragen sollte. Freilich geht es nicht nach den Polen allein oder vielmehr nach ihnen am wenigsten. Die Zukunft der Polen ist eine Frage, welche die Interessen dreier Großmächte im tiefsten Kern berührt. Die Interessen der Sieger werden ausschlaggebend sein, und die Polen, wie wichtig sie auch selber sich erscheinen mögen, werden immer doch nichts Anderes als Figuren im Schachspiel der Großen sein.

In Bezug auf die Lebensfrage ist eine österreichische Frage. Es ist unbestreitbar, daß das Deutsche Reich sich niemals mit neuen polnischen Landestheilen zu belassen wünschen sollte, oder daß Warschau und Wien unter das preussische Scepter kommen. Was hätten wir wohl von dieser scheinbaren Wadterweiterung? Nichts als eine Schwächung unserer nationalen Einheit, als eine Ablenkung von dem Schwerpunkt des deutschen Gedankens, ohne welchen unser Staatswesen seinen festen Boden verliert würde. Und nicht minder unbestreitbar ist ein selbständiges Polenreich als Nachbar Preußen-Deutschlands. Selbst ein Jahr würde es dauern, und ein solcher Staat wäre unser erbittertester Feind, der nach dem Osten hin, während der die großpolnische Legende von der Herrschaft des nach Pommern und zur Ostsee hin wieder wohl machen möchte, der vor allem in den Provinzen Posen und Westpreußen die Feuer sähen würde. Man kann Tugenden von gerechtfertigten Ausdrücken des Fürsten Bismarck zusammenstellen, aus denen hervorgeht, wie abstrud gerade dem leitenden Staatsmann die Vorstellung einer Wiederherstellung Polens erscheint. Schon als Abgeordneter, schon im Jahre 1848 hat der Reichstagsler zu gedacht, und so viele Wandlungen auch seine auswärtige Politik durchgemacht haben mag, in diesem Punkte wenigstens ist er sich konsequent bis heute geblieben. Was aber in Bezug auf die polnische Frage aus dem Fürsten Bismarck spricht, das ist im Grunde nichts als die altpreussische Tradition eines ganzen Jahrhunderts. Das polnische Volksrecht, als völlig selbständige Macht konstruiert, ist ein Hirngespinnst, ein Traum von Schwärmern, welche das Wesen des polnischen Nationalcharakters nicht kennen.

Was also kann, was soll geschehen? Es ist vorgeschlagen worden Kongress-Polen mit Galizien zu vereinigen und beide Länder als einen integrirenden Bestandteil der österreichisch-ungarischen Monarchie ebenso unter die Krone Habsburg zu stellen, wie das Königreich Ungarn derselben untersteht. Der Gedanke ist in keiner Beziehung befriedigend. Er erscheint den Wünschen der Polen gänzlich ungenügend und gleichzeitig die Aufgabe der Errichtung eines leistungsfähigen Volkswerts

gegen Rußland erfüllen zu können. Aber wie viele Gefahren auch schlummern in diesem Gedanken! Polen als dritter und gleichwertiger Faktor im Donauraum, das hiesige die Politik dieses Landes vollends in das slawische Wasser fallen. Wenn auch der geschichtlichen Sehnsucht nach Moskau ein Vorgehen wäre, so würden sich Polen und Galizien doch in der Abneigung gegen Deutschland begegnen, und weder die Deutschen in Österreich noch die Magyaren wären stark genug, um diese Stimmung zu bekämpfen. Dies auswärtige wie die innere Politik der kaiserlichen Monarchie beläme ein ausgedehntes heftigsteinständiges Unbehagen. Nicht der Wiener Einfluß würde in Warschau, sondern der wahren Einfluss in Wien herrschen. Nur mit dem Preis der Hingabe an das mächtig erstarrte polnische Element könnte der Kaiserstaat sein Gefüge behaupten. Nur, wenn man ihnen zu Willen wäre, würden die Polen gern im österreichischen Staatsverbande bleiben. Und ob der Kaiser in Wien und Pest, also unter Völkern mit lebendigem und gesundem Staatsgefühl, auch ein mächtiger Mann sein mag, in Warschau wird er doch nie etwas Anderes sein, als alle polnischen Könige vor ihm, nämlich das Werkzeug des Uebels, so lange er dessen Begehrlichkeit dient, oder ein Gegenstand der Verfolgung, sobald er seine Königspflichten gegen das Volk, anders, als die Aristokratie und die verrottenen Schichten ausübt. Es könnte geschehen, daß ein durch Kongress-Polen verstärktes Österreich-Ungarn sich um eine unangenehme Nachbarschaft würde. Dann auch die wirtschaftliche Anklammerung! Wir hätten vom Bodehsee bis hinan nach Wirbalein einen geschlossenen Staat zur Seite, dessen Zoll- und Handelspolitik in noch ganz anderer Weise als diejenige des jetzigen Donauraums auf uns drücken und die Richtung unserer Wirtschaftspolitik mit bestimmen würde. Es ist bekannt, daß namentlich in deutschen Militärsphären gewisse Sympathien für eine polnisch-österreichische Personalunion vorhanden sind. Den leitenden Militärsphären eben die Gesichtspunkte der ziffermäßig darstellbaren Macht obenan. Inzwischen ist es sehr die Frage, ob die gleiche Ansicht auch bei unsern Staatsmännern und Diplomaten so viel Beifall findet, daß spätere, vielleicht von Österreich aus zu unternehmende Verträge, in dieser Richtung praktisch vorgehen, auf ihre Unterliegung rechnen können.

Königliche Ueberfahrt.

In der Gesehwindenangelegenheit der serbischen Königsfamilie nimmt heute die „Nordb. Allgem. Ztg.“ das Wort. Sie schreibt:

„Die serbische Regierung hat vor einiger Zeit an die preussischen Behörden das Eruchen gerichtet, ihr behufs Rückführung des 13-jährigen serbischen Kronprinzen in seine heimathliche Unterbringung zu gewähren. Einer solchen Resolution wäre wohl dann entgegen zu werden, wenn sie von einer privaten Person ausgegangen wäre; ein so hohes Recht, wie das des Vaters auf sein minderjähriges Kind, wird auch dem Ausländer zuerkannt. Im vorliegenden Falle aber handelt es sich nicht um die Geltendmachung der väterlichen Gewalt, sondern auch um die Ausübung der leiblichen Gewalt des Königs von Serbien über seinen Sohn und Unterthanen. Die preussischen Behörden richteten daher an die Königin von Serbien die Aufforderung, den Prinzen dem Bevollmächtigten des Königs, dem serbischen Kriegsminister, welcher dazu vom Könige nach Wiesbaden geschickt worden war, auszuantworten. Ihre Majestät verzog sich dieser Aufforderung und zeigte sich geneigt, dem Betrug, der Prinzen von ihr zu entfernen, mit Gewalt entgegenzutreten. Man sagt, daß sie zu diesem Behufe ihre Dienerschaft mit Waffen versehen habe. Der königlichen Regierung kam es nicht erwidert sein, ihre eigene Autorität im Lande selbst verkannt zu sehen und die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß serbische innere Streitigkeiten in Wiesbaden und unter Mitwirkung der deutschen Behörden zu Stande kommen und unter Mitwirkung der deutschen Behörden zu Stande kommen und unter Mitwirkung der deutschen Behörden zu Stande kommen.“

seitigen Polizei ausgefodert werden. Sie kann unter solchen Umständen nur wünschen, daß Ihre Majestät die Königin von Serbien, wenn Ihre Majestät der obergesetzlichen Autorität Ihres Vaterlandes huldigen Wiedereintritt zu leisten beschließt, Ihren Aufenthalt außerhalb Deutschlands nehme.“ Als neueste Phase der Angelegenheit wird der „Voss. Ztg.“ aus Belgrad mitgeteilt, die Königin sei bereit, sich dem richterlichen Spruch zu fügen, wenn dieser der Synode, deren Kompetenz die Königin bestritt, entzogen und dem bischöflichen Konfessorium, als dem ordentlichen Ehegericht überwiegen wird. Der König will genügt sein, diesen Verlangen zu willfahren. Aus der Synode übrigens, daß die Synode schon zu Ungunsten der Königin entschieden hat, kann man schließen, wie das Urtheil des Konfessoriums ausfallen würde, falls es zur Abgabe eines Spruches berufen werden sollte.

In der französischen Deputirtenkammer brachte am Donnerstag Laffon namens der radikalen Linken einen Antrag auf Unterdrückung aller geistlichen Ordensgesellschaften und begründete den Antrag mit dem Hinweis auf die unmoralischen Handlungen, deren sich die Ordensbrüder bestanden. Leiter der Deputirtenkammer in Citauz schloß sich dem Antrag an. Bischof Freppel sprach gegen den Antrag, man solle die Unterdrückung der Ordensbrüder nicht als ein vorzeitiger Schritt aus den Verhandlungen Einzelnen rechtfertigen, die Zahl der Voten, welche sich gegen die Zucht und Erbarkeit vergangen, sei eine ungleich größere und deshalb denke doch niemand daran, etwa die Schließung der Schulen zu beantragen. Nachdem ein Antrag Cassagnac auf Schluß der Debatte abgelehnt worden war, verließen mehrere Mitglieder der Rechten den Sitzungssaal. Ministerpräsident Floquet erklärte, die Regierung habe sich mit den Vorgängen in Citauz beschäftigt, er glaube, der Antrag Laffon könne auch ohne Dringlichkeitserklärung an die Kommission verwiesen werden, die mit der Vorbereitung der Gesetzentwürfe über das Abjurationsrecht beauftragt sei. Laffon bestand gleichwohl auf dem Dringlichkeitstratage, die Dringlichkeit wurde hierauf von der Kammer mit 264 gegen 219 St. angenommen. — Im weiteren Fortgang der Sitzung wurde von Doulangier der Antrag auf Auflösung der Kammer eingebracht. Doulangier führte aus, daß eine Auflösung der Kammer aus geistlichen Gründen nicht möglich sei, es müßten noch vor der 10-jährigen Feier der Ereignisse von 1789 neue allgemeine Wahlen stattfinden. Das Land fordere neue Institutionen, die der Republik Schutz gegen die Angriffe ihrer Gegner gewähren, die jetzige Kammer sei ohnmächtig und in Trümmern und Staub zerfallen, das Land sei erregt, weil man ihm einen Bürger, der nichts wolle, wie das Wohl der Republik, sei als Feind darstelle, das Land verlange einstimmig die Revision der Verfassung. Er wisse nicht, daß der Patriotismus der Deputirten sich auf der Höhe ihrer Pflicht befinden werde. Was ihn anbelange, so glaube er seine Pflicht zu thun, wenn er die Abstimmung über folgende Resolution beantrage: Die Kammer, überzeugt von der Nothwendigkeit der Beseitigung von Neuwahlen fordert den Präsidenten Carnot auf, von dem Rechte der Auflösung Gebrauch zu machen, das ihm die Verfassung überträgt. Die Rede Doulangier's wurde von häufigen Protesten der Rechten unterbrochen. (Die Sitzung dauert fort.) (S. Fernsprech-Nachr. am Schluß d. Bl.)

Das leitende Comité der französischen Patriotenliga erklärt folgenden Aufruf an die Mitglieder der Verbindung:

„Werter Herr Landsmann! Indem die Patriotenliga sich entschieden mit innerer Politik beschäftigt, indem sie den Parlamentarismus, sowie die unpopuläre Verfassung von 1875 im Einzelnen hat, bekämpft und indem sie endlich zum Wohle des Vaterlandes und zum Heile der Republik das von dem Kaiser

In König Ludwig des I. von Bayern Gedächtniß.

Von Ernst Otto Hopp.

Als vor zwei Jahren am 25. Aug. der Tag der Säcularfeier der Geburt König Ludwigs des Ersten genacht war, hing eine Wolke tiefer Trauer über Bayern; mit ihm lagte Altdeutschland über das läge und gemaltene Gude des schloßerbauenden Einfindlers und Sonderlings, der sich in der Stunde der Gefahr, da es galt, französische Willkür zurückzuweisen, als treuer deutscher Patriot bewährt hatte. Das Gedächtniß des Großvaters wurde um des traurigen Todes seines Enkels willen auf dieses Jahr verlegt. Das Heft wird aber wohl, nachdem die offizielle Trauer um Kaiser Friedrich vorüber ist, stattfinden.

Selten ist ein Herrscher so hoch erhaben und so laut gerufen, selten einer so herbe verpöndelt und so bitter angefeindet worden wie Ludwig I. Die Schwächen, die sonderbaren Schrecken, die Umwandlungen barocker Laune des Königs der Partizipationskonstitution, des Romanismus auf dem Thron, liegen aller Welt klar und offen. Sappir goß die Schalen seines Spottes es genug über Ludwig aus, seine Verhöftheit ist nach besten Kräften mit abender Ironie, und der Doktrin der Gerbitnis legt ihn möglichst herab; aber trotz aller Bemühungen, ihn als einen geistig unbedeutenden Menschen und nachweislich überlebens, ist zu unser vorzüglich wachsenden und nach egypten Beweismitteln vertretenden Zeit das Bild des Bayernkönigs ein leuchtendes geblieben. Seine frische Sprache, seine despotischen Verirrungen, sein Hin- und Herwandeln im Sturme einer Zeit, die er nicht mehr zu begreifen vermochte, dies alles vermag nicht hinwegzulegen zu werden und braucht es auch gar nicht; wer ihn von allem Hehl reinwaschen will, verflücht sich an der Wahrheit. Allen die Geschichte wird auch stets ein Streben anerkennen müssen, seine deutsche Gesinnung, eine Verehrung für das Schöne, die großartige Förderung,

die er allen Künsten zuteil werden ließ. Sein Biograph Heigel hebt ganz richtig hervor, daß München eine nicht sehr bedeutende Provinzialstadt mit krummen, engen Gassen und wackeligen Gebäuden war, als Ludwig sie zum erstenmale betrat; als er die Scene verließ, war es eine stolze Hauptstadt geworden, deren Monumentalbauten und Sammlungen das Staunen der Fremden wie der Einheimischen erregten; heute noch darf die Stadt als das beste Gredendental betrachtet werden, das er sich selbst gesetzt hat. Der Kunstsin, den er anregte, ist in Bayern nicht wieder ausgebrochen, er hat in ganz Deutschland viele und schöne Früchte gezeitigt, die kein Spott zu sämälern imstande ist.

Ludwig erklärte 1786 das Licht der Welt in dem damals französischen Straßburg; sein Vater, der Herzog von Pfalz-Zweibrücken war französischer Oberst, sein Kaufpater der König von Frankreich, dessen Haupt unter der Guillotine fiel. Ludwigs Jugend und sein frühes Manuskript fielen in die glänzende Zeit der großen französischen Revolution und der napoleonischen Kriege. Bayern kam bekanntlich als 1813 auf französischer Seite, und so kann es dem neunzehnjährigen Jüngling nur hoch angedrückt werden, daß er das lähne Wort wagte: „Das sollte mir die theuerste Siegesfeier sein, wenn diese Stadt, in der ich geboren bin, wieder eine deutsche Stadt sein würde.“ Er hat dies leider nicht mehr erlebt. Napoleon verzog ihm diese Rede nie, ja er betrachtete ihn stets mit einem gewissen Mißtrauen und soll sogar einmal geäußert haben: „Wer hindert mich, diese Prinzen sämälten zu lassen?“ und ein anderes mal: „Dieser Prinz wird nie auf den Thron steigen.“ Eins der sonderbarsten Vorgehen, das er erachtet worden, wurde dem Kinde beigeicht; das Grenadierregiment, das sein Vater besetzte, hatte sich die Revellierbär abgehängt und dieselben zu einem Pöbel verarbeitet lassen, auf dem das Signetlein seines vererbten Hüfters sanft ruhen sollte. Die herzogliche Familie begab sich später nach Mannheim, dann vor den Kriegsgrenzen stüchtend nach Regensburg; 1799 zog

Ludwig als Kurprinz an der Seite seines Vaters in die bairische Hauptstadt ein. Die Regierung übernahm er 1825, er legte sie 1848 nieder und verstarb am neunundzwanzigsten Februar 1886 zu Muzg.

Aus diesen kurzen Daten ist ersichtlich, daß Ludwig des Ersten Geschichte mehr denn die erste Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts umfaßt. Aus der überreichen Fülle des Materials, das seine Biographie bietet, sei hier nur einiges Charakteristische hervorgehoben.

Ein großer Dichter ist Ludwig nie gewesen. Die vernachlässigte Form, häufige Verhöße gegen die Metrik und barocke Willkür in Wort- und Satzgewandungen riefen ganz natürlich vielfach den Spott wach; aber der Inhalt seiner Reimereien ist immerhin ein tüchtiger. Eine Fülle edler Lebensweisheit findet sich in seinen Poesien, hoher Adel der Gestaltung und Elemente treten vor allem in seinen Gedächtnissammlungen hervor: Gottesdacht, Kultus des Schönen in Natur und Kunst und glühender Patriotismus. Seine Gedächtnisse sind durchaus nicht gedankenreich, wenn ihnen auch die anmutigste Form abgeht; in vielen glüht ein edler Nationalstolz. So konnte er am Abend seines Lebens in heller Begeisterung für Schleswig-Holstein schreiben:

„Nacht war der Frühling meines Lebens, Im Herbst ist es bitter Zeit, Mondschiff ist fruchtlos im Getraib, Im Winterzeit, was ich getraumbt: Ich hab' vergessens nicht gelebt!“

Sein Wort und sein Beispiel waren von nachfolgender Wirkung. Daß ein König von der Höhe seines Thrones herabsteigend und mit ihnen redete und fröhliche Lieber sang, daß er eigens nach Weimar reiste, um Goethe's persönliche Bekanntschaft zu machen — das waren alles Dinge, die früheren Geschlechtern unerhört erschienen. Zum großen Entsetzen des

